

# Presseinformation

Alexa Lamberz  
Pressesprecherin der Fraktion

**DIE LINKE. Fraktion im  
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1  
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 37  
Telefax: 0331 / 966 15 40

pressestelle@  
linksfraktion-brandenburg.de

Potsdam, den 20.01.2016

## 22. Sitzung des Landtages

### TOP: 4

**Milchkrise bewältigen - Milchviehhalter strukturell stärken**  
**Redebeitrag: Anke Schwarzenberg**  
**(Es gilt das gesprochene Wort)**

Frau Präsidentin!  
Meine Damen und Herren!

Liebe Brandenburgerinnen,

die Milchkrise in Brandenburg ist eine Milchkrise, mit der die Milchbauern in Deutschland sich nicht zum Ersten Mal herumschlagen müssen.

Das ist ein Ergebnis der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik.

Laut Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung 2015 ist die Weltkuhmilchproduktion in den letzten 15 Jahren um rund 20 Prozent auf heute 650 Mio. t angestiegen.

In den Hauptproduktionsregionen EU, USA und Australien nahm sie auch in 2014 weiter zu.

Eine hohe Nachfrage nach Milcherzeugnissen führte zu dieser Produktionssteigerung.

Es gibt also ein Angebotsüberhang am Weltmarkt.

Deutschland hat in 2014 ca. 32,5 Millionen t Milch produziert und ist der größte Produzent in der EU, davon gingen ca. 49 % in den Export – und auch Deutschland produziert mehr als verbraucht wird. Das weiter bestehende Russlandembargo hat natürlich Auswirkungen auf den Milchmarkt, aber nicht alleine.

Das heißt wir haben es mit einer Überproduktion zu tun und dieses Problem ist nicht mit einem noch höheren Export zu lösen.

Der Handel und Verarbeitungsindustrie gehören zu den Spielern um hohe Gewinne.

Jeder Akteur in diesem Spiel verdient, aber auf wessen Kosten?

Auf den Rücken der Landwirte? - die nicht einmal mehr ihre Erzeugerkosten für ihre Milch erhalten. Immer mehr Milchbauern geben ihre Höfe auf und das trifft nicht nur die kleinen sondern auch die größeren Landwirtschaftsbetriebe. Investitionen in Stallanlagen für bessere Tierhaltung können sich viele nicht mehr leisten. Die Betriebe geraten in große Abhängigkeit zu Banken, die wiederum auch Landwirtschaftliche Flächen als Sicherheiten für Kapital nehmen.

Was dabei verloren geht sind:

- Regionalität,
- Nachhaltigkeit
- Wertschätzung von Lebensmitteln

Milch ist ein sehr beliebtes Produkt, es lässt sich vielfach verarbeiten und es liefert wichtige Stoffe Kohlenhydrate, Fett, Eiweiß, Vitamine, Mineralstoffe – es gehört zu den hochwertigen Lebensmitteln.

Und hat natürlich auch einen Preis, der in erster Linie auch die Erzeugerkosten abdecken soll.

Im Auftrag von Erzeugerorganisationen wurden die Milcherzeugungskosten in Deutschland in den Jahren 2002 bis 2012 durch das Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft berechnet.

Die Ergebnisse zeigten, in Ostdeutschland lagen die Kosten für den Monat Oktober 2012 bei ca. 45 Cent je Kilogramm Milch, in Süddeutschland bei ca. 51 Cent pro Kilogramm Milch und in Norddeutschland bei ca. 43 Cent pro Kilogramm Milch.

Der Milchpreis lag im selben Monat bei ca. 33 Cent. Der Vergleich zeigt, dass der ausgezahlte Milchpreis weit von einer Kostendeckung der Betriebe entfernt ist.

Das war im Oktober 2012.

Milchpreise unterlagen schon immer Schwankungen sowohl nach oben als auch nach unten. Und das wird sich auch in Zukunft nicht verhindern lassen.

Seit Mitte 2015 sind die Milchpreise weit unter 30 Cent und sind noch nicht zum Halten gekommen.

Was fehlt sind langfristige und wirksame Maßnahmen auf EU-Ebene, die den Markt stabilisieren. Die in Brüssel beschlossenen Zahlungen sind für die Milchbauern ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Das in 2012 mit Blick auf den Wegfall der Milchquote beschlossene Milchpaket, welches zunächst bis 2020 gilt, enthält durchaus auch Instrumente die zur Stabilisierung des Marktes beitragen sollen.

Dazu gehören, verbindlich vorgeschriebene Verträge, Stärkung der Erzeugerorganisationen, Stärkung der Verhandlungsmacht von Milcherzeugern, und andere Regelungen.

Aber auch das reicht nicht.

Der Protest der Milchbauern und Landwirte richtet sich an die europäische Kommission, an die Bundesregierung aber auch die Landesregierung wird aufgefordert zu handeln.

Nun wissen wir das die Landesregierung nur begrenzt Mittel hat um den Prozess auf Bundes- und Europaebene zu beeinflussen. Faktisch hilft hier nur eine erfolgreiche Bundesratsinitiative, oder die Fraktionen in diesem Landtag machen Druck auf ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundestag und im Europaparlament.

Im Bundestag stellten die Fraktionen DL und die Grünen einen Antrag, der eine ganze Reihe von Vorschlägen enthielt die sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene umgesetzt werden sollten.

Um nur 4 Punkte aus diesem Antrag zu nennen:

- Eine rechtliche Absicherung, dass die durchschnittlichen Erzeugerkosten als nicht zu unterschreitender Basispreis für Vertragsverhandlungen mit den Molkereien vorgeschrieben werden,
- die Erzeugerseite gegenüber den Molkereien und dem Handel zu stärken und das bestehende Machtgefälle zu reduzieren. Weitere Konzentrationen des Lebensmitteleinzelhandels sind zu verhindern. Das Kartell- und Wettbewerbsrecht sind dafür zu überprüfen.

- Milchviehbetriebe, die ihre Milcherzeugung um 5-20 Prozent drosseln für einen befristeten Zeitraum mit Bonuszahlungen zu entschädigen, um kurzfristig die Angebotsmenge auf dem Markt zu reduzieren
- Exporterstattungen auf Grund ihrer negativen Effekte auf die Märkte von Staaten des globalen Südens endgültig abzuschaffen.

Der Antrag wurde an den zuständigen Ausschuss überwiesen, es bleibt zu hoffen, dass er im Interesse der Milchbauern ernsthaft geprüft wird. Wir unterstützen diese Forderungen.

Der vorliegende Antrag der Koalition für den Landtag greift weitere Aspekte auf. Er bekräftigt das Krisenmanagement und unterstützt die Position der Agrarministerkonferenz. Es geht darum, notleidende Betriebe zu entlasten.

Dies betrifft die Forderungen

- nach dauerhaften Bundeszuschüssen zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung und
- auf den Einsatz der EU-Mittel aus der sogenannten Superabgabe für Hilfsmaßnahmen für den Milchmarkt.

Dabei handelt es sich um Strafgebühren, die Milchbetriebe für ein Überschreiten der damaligen Milchquote gezahlt haben. Es ist nur gerecht, wenn diese Mittel jetzt, nach Abschaffung der Milchquote, in voller Höhe zur Überwindung von Notlagen in den Betrieben eingesetzt werden.

- Und wir fordern die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage.

Es ist für den Staat auf Dauer billiger, durch Steuervergünstigungen eine Eigenvorsorge der Betriebe zu erleichtern, als bei jeder Krise Steuergelder in Notmaßnahmen zu pumpen. Das betrifft nicht nur die Milchbauern, sondern viele andere Zweige der Landwirtschaft, die besonders von Witterungsbedingungen und Preisschwankungen abhängig sind. Wir hatten diese Diskussion ja auch im Zusammenhang mit dem Gartenbau.

Die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage ist auf Bundesebene schon oft diskutiert worden, sie ist leider immer wieder im Bundestag gescheitert. Es ist ein wichtiges Signal, wenn der Landtag Brandenburg heute sagt:

Das ist der richtige Weg, das wollen wir.

Um Rücklagen bilden zu können, muss es allerdings erst einmal positive Betriebsergebnisse geben.

Und damit kommen wir auf die Preisgestaltung zurück.

Der Milchpreis wird rückwärts gebildet, d.h. nicht der Erzeugerpreis spielt eine Rolle sondern der Handel und Molkereien legen den Preis fest der an die Milchbauern gezahlt wird und zwar nach Lieferung der Milch.

In den genossenschaftlichen Molkereien legt zwar die Genossenschaft den Preis fest, ist aber der Marktmacht des Handels ausgeliefert.

Eigentlich kann kein Betrieb so arbeiten, es ist ja überhaupt keine Kalkulation und Planung möglich. Die Milchbetriebe sind auf Gedeih oder Verderb den Molkereien, diese wiederum dem Handel ausgeliefert.

Das funktioniert nur wegen der starken Monopolstrukturen, die dieses Abhängigkeitsverhältnis begründen und eine Vertragsverhandlung auf Augenhöhe ausschließen.

Eigentlich müsste man das kartellrechtlich angehen.

Wenigstens aber können wir uns dahingehen positionieren, dass Milchlieferverträge das enthalten müssen, was normalerweise selbstverständlicher Bestandteil jedes Vertrages ist: **einen verbindlichen Preis.**

Das EU-Reglement sieht diese Möglichkeit ausdrücklich vor, andere Staaten haben davon Gebrauch gemacht. Brandenburg soll sich dafür einsetzen, dass auch Deutschland diesen Weg beschreitet.

Einige wenige Bemerkungen zum CDU-Antrag:

Dieser Antrag enthält einen ganzen Strauß an unterschiedlichen Themen zur bäuerlichen Nutztierhaltung.

Es sind wichtige Punkte die darin angesprochen werden. Manches davon haben wir schon intensiv im Landtag oder im Fachausschuss diskutiert, wie die Bodenpolitik und das Wolfsmanagement. Einiges ist schon auf den Weg gebracht.

Es sind gute Vorschläge dabei, etwa die Regelung von Anteilsverkäufen im Rahmen des Grundstücksverkehrsrechts. Die auch wir als Fraktion gerne auf den Weg bringen wollen.

Wir wissen allerdings auch um die rechtlichen Schwierigkeiten, dieser Forderung.

Auch die Frage der baurechtlichen Privilegierung von großen Tierställen ist überlegenswert.

Andere Punkte sind nicht überzeugend. Ich glaube nicht, dass eine Regulierung der Wolfsbestände auf der Tagesordnung steht.

Bei der Düngeverordnung gibt es schon Handlungsbedarf, denn wir haben in Deutschland an vielen Stellen ein Nährstoffproblem – das schreibt uns ja auch die EU ins Stammbuch.

und in dem Punkt Milchlieferverträgen gehen Sie in dieselbe Richtung wie wir, Was ich nicht glaube ist, dass die im Einzelnen aufgezählten Details Bestandteil eines Landtagsbeschlusses sein sollten.

Wir werden den Antrag aber überweisen und können uns damit im Fachausschuss näher beschäftigen.

Wir sind alle in der Pflicht die Situation der Milchbauern zu bessern.

Vielen Dank!